



Daniel Bahr

Mitglied des Deutschen Bundestages
Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Daniel Bahr, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Herrn
Dr. med. dent. Nils Borchers
Klaus-Groth-Str. 1
24768 Rendsburg

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 5.629

☎ (030) 227 – 73328

☎ (030) 227 – 76603

✉ Daniel.bahr@bundestag.de

www.daniel-bahr.de

Mitarbeiter:

Kerstin Macherey

Jana Sandmann

Jörg Wischinski

Alexa Vitzthum

Ulrich Hoyer

Wahlkreis

Geringhoffstraße 48

48163 Münster

☎ (0251) 3904490

☎ (0251) 3904491

✉ Daniel.bahr@wk.bundestag.de

Berlin, 9.3.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP im Deutschen Bundestag kämpft vehement gegen die Gesundheitsreform der schwarz-roten Bundesregierung, weil wir davon überzeugt sind, dass die Gesundheitsversorgung dadurch teurer, aber keinesfalls besser wird. Die Erfahrungen der letzten Wochen bestärken uns in dieser Einschätzung.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt behauptet: *„Diese Gesundheitsreform kommt in schwierigen ökonomischen Zeiten ohne Leistungseinschränkungen für die Versicherten und ohne höhere Zuzahlungen für die kranken Menschen aus.“*

Die Wahrheit ist: Der Beitragssatz ist auf dem Rekordniveau von 15,5 Prozent politisch festgesetzt. Nur mit deutlich höheren Schulden gelingt es der Bundesregierung, ihn ab dem 01. Juli 2009 - pünktlich zur Bundestagswahl - auf 14,9 Prozent abzusenken, um die verkorkste Reform zu kaschieren. Und das reicht nicht einmal aus. Die Gesetzliche Krankenversicherung ist nach wie vor unterfinanziert. Mangelverwaltung und Wartelisten werden die Folge sein. Sinnvolle Verträge werden gekündigt und innovative Projekte gestoppt.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagt: *„Wir stellen die Vergütung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auf eine neue Grundlage. Deshalb heben wir die geltenden Budgets zum 1. Januar 2009 auf.“*

Die Wahrheit ist: Das Vergütungssystem ist viel zu kompliziert und intransparent. Die Budgetierung ist nicht abgeschafft, sondern lediglich in anderer Form wieder aufgelegt. Die bundesweite Angleichung der Ärztehonorare wird den regionalen Gegebenheiten nicht gerecht. Selbst diejenigen, die jetzt besser dastehen als vorher, müssen befürchten, dass sich das ganz schnell wieder ändern kann. Keiner blickt mehr durch, mit welchen Einnahmen er planen kann. Wer als Arzt mehr arbeitet, bekommt das nicht leistungsgerecht honoriert.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagt: *„Vergessen Sie aber bitte nicht, dass die Kassen und die niedergelassene Ärzteschaft über die Höhe der Honorare verhandeln. Ich verhandele das nicht.“*



Daniel Bahr

Mitglied des Deutschen Bundestages
Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Seite 2 von 3

Die Wahrheit ist: Union und SPD haben die hochkomplizierten Vergütungsregelungen zu verantworten, denn sie stehen im Gesetz. Und sie haben den Beitragssatz festgelegt und damit den finanziellen Rahmen vorgegeben. Das Bundesgesundheitsministerium hat zudem ständig Einfluss auf die Ausgestaltung der Vergütungsreform genommen. Diese drei Verursacher können jetzt nicht so tun, als ob sie mit den Folgen nichts zu schaffen gehabt hätten.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagt: *„Erstmals wird die private Krankenversicherung sich dem Wettbewerb stellen müssen.“*

Die Wahrheit ist: Die Private Krankenversicherung wird systematisch abgeschafft. Sie wird durch gesetzliche Maßnahmen schrittweise immer teurer gemacht. Die staatlich verordneten Kostensteigerungen reichen von höheren Beiträgen für Berufsanfänger über höhere Beiträge für Wechsler aus der Gesetzlichen Krankenversicherung bis zu höheren Beiträgen für alle bisher Versicherten, weil aus ihren Prämien der Basistarif mitfinanziert werden muss. Eine Reduzierung der Beihilfe für Beamte auf das Leistungsniveau des Basistarifs ist schon absehbar. Das ist kein Wettbewerb, sondern Kassensozialismus.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt behauptet: *„Der Gesundheitsfonds ist das Beste, was die Krankenversicherung in der Krise bekommen kann.“*

Die Wahrheit ist: Der Gesundheitsfonds ist ein bürokratisches Monstrum, das durch die Entkoppelung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zu Unwirtschaftlichkeit führt. Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass eine größere Bürokratie besser und billiger arbeitet als eine kleinere. Die Verschuldung der Gesetzlichen Krankenversicherung kehrt in Form von Staatsdarlehen zurück. Die Rückzahlung wird mit drastischen Einschnitten einhergehen.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt fordert, dass *„sich Einzelinteressen, so berechtigt sie im einzelnen Fall sein mögen, dem Gesamtinteresse unterordnen müssen.“*

Die Wahrheit ist: Die Gesamtinteressen der Kranken, der Versicherten und der im Gesundheitswesen Berufstätigen werden den parteipolitischen Einzelinteressen von Union und SPD untergeordnet. Niemand zieht deshalb die Reißleine auf dem Weg in eine planwirtschaftliche Einheitsversicherung mit zentral vorgegebener Staatsmedizin, Rationierung, Verlust von Therapiefreiheit, Ende der freien Arztwahl und Gefährdung der medizinischen Freiberuflichkeit.

Alle Regulierungen des Sozialgesetzbuches V müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Das Gesundheitssystem muss einfacher und unbürokratischer werden. Freiberuflichkeit, freie Arztwahl und Therapiefreiheit dürfen keine Schlagworte sein, sondern müssen gelebt werden. Eine einfache, transparente und leistungsgerechte Gebührenordnung muss die Grundlage für die Abrechnungen der Ärztinnen und Ärzte gegenüber ihren Patientinnen und Patienten darstellen.

Die FDP-Bundestagsfraktion wird alle Anstrengungen darauf richten, die Fehler der schwarz-roten Reform wieder rückgängig zu machen und stattdessen eine echte Strukturreform einzuleiten mit mehr Wahlfreiheit zugunsten der Patienten, Versicherten und Angehörigen der Gesundheitsberufe. Wie das geschehen soll, haben wir in einem Antrag „Für ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitswesen“ deutlich gemacht, der



Daniel Bahr

Mitglied des Deutschen Bundestages
Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Seite 3 von 3

am 11. Februar 2009 in den Deutschen Bundestag eingebracht worden ist. Den Antrag sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.fdp-fraktion.de. Weitere Informationen erhalten Sie gerne, wenn Sie uns den umseitigen Antwortbogen zurück faxen oder schicken.

Nutzen Sie die Gelegenheit und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Kollegen, Mitarbeitern oder Patienten über die Fehler dieser schwarz-roten Gesundheitsreform!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Daniel Bahr MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

FDP-Bundestagsfraktion
Stichwort „Gesundheit“
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Fax: (030) 227-56788

Email: pressestelle@fdp-bundestag.de

Ich möchte Informationsmaterial für meine Praxis.

Meine Anschrift (bitte deutlich schreiben):

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

.....
Email-Adresse

.....
Mobiltelefon für sms-Versand

Ich bin generell interessiert an

- Informationsmaterial der FDP-Bundestagsfraktion
- Hinweisen auf Termine, Veranstaltungen und Aktionen

Ich möchte informiert werden

- zu allen Themenbereichen
- speziell zu folgenden Themenbereichen:

<input type="checkbox"/> Arbeit	<input type="checkbox"/> Gesundheit	<input type="checkbox"/> Internationale Politik
<input type="checkbox"/> Familie	<input type="checkbox"/> Bildung	<input type="checkbox"/> Umwelt- und Naturschutz
<input type="checkbox"/> Steuern/Finanzen	<input type="checkbox"/> Rente/Pflege	<input type="checkbox"/> Innen- und Rechtspolitik
<input type="checkbox"/> Wirtschaft	<input type="checkbox"/> Verkehr	<input type="checkbox"/> Kultur/Medien

- Bitte schicken Sie mir regelmäßig den Email-Newsletter. Dieser informiert mich wöchentlich über die Arbeit der FDP-Bundestagsfraktion. Ich habe jederzeit die Möglichkeit, ihn formlos abzubestellen.

.....
Datum, Unterschrift